

Neben den laufenden Berichten zum Wirtschaftsgeschehen und Untersuchungen zu selbst gewählten Themen erstellt das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung Studien für öffentliche und private Auftraggeber zu wichtigen wirtschaftspolitischen Fragen. Ein Teil dieser Arbeiten wird vom WIFO publiziert und steht Interessenten gegen einen Druckkostenbeitrag zur Verfügung. Um den Inhalt dieser Bände einem größeren Leserkreis zugänglich zu machen, bringen die WIFO-Monatsberichte unter der Rubrik „Aus WIFO-Studien“ jeweils Auszüge mit den wichtigsten Ergebnissen (Bestellungen dieser Bücher bitte an das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung, Frau Kautz, Postfach 91, A-1103 Wien, Tel (1) 798 26 01/282, Fax (1) 798 93 86, oder an den Buchhandel).

# Die Auswirkungen des Binnenmarktes auf den Dienstleistungssektor in Österreich

Fritz Breuss (Koordination)

Im Auftrag des Bundesministeriums für Finanzen

Wien, Juli 1994

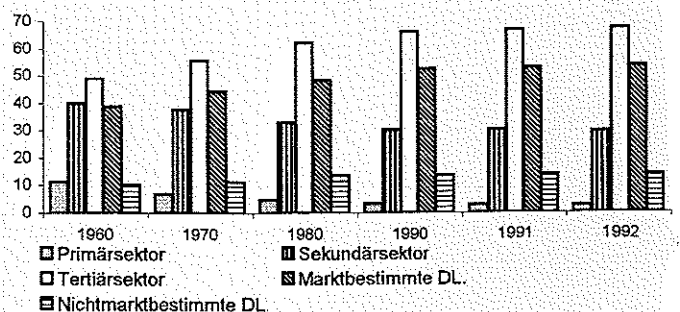
ISBN 3-901069-25-9

228 Seiten, S 700,—

Die EU und, parallel hiezu, die EFTA erstellen seit über einem Jahr Untersuchungen über die Auswirkungen des Binnenmarktes auf den Dienstleistungssektor. Im „Cecchini-Bericht“ (1988) wurde diesem Sektor zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt. Die vorliegende Studie ist die deutsche Fassung des österreichischen Beitrags zu einer Studie der EFTA, die im Herbst 1994 vom EFTA-Sekretariat publiziert wird. Sie analysiert die Auswirkungen des Binnenmarktes auf neun Dienstleistungssektoren (Banken, Versicherungen, Straßengüterverkehr, Luftverkehr, Telekommunikation, Bauwesen, Unternehmensberatung, Handel und Tourismus — Hotels und Reiseveranstalter) nach einheitlichen Kriterien (Anteil der staatlichen Regulierung, Struktur und Entwicklung des Sektors, Zukunft des Sektors im EWR und nach dem Beitritt zur EU).

Der Strukturwandel der österreichischen Wirtschaft zu einer Dienstleistungsgesellschaft setzte sich in den achtziger Jahren fort. Der Anteil der marktbestimmten Dienstleistungen (d. h. im nichtöffentlichen Sektor) erreichte 1992 53,8% des BIP, ihr Anteil an der Beschäftigung im Jahr 1991 47,4%. Das entspricht einem jährlichen Wachstum von BIP- und Beschäftigtenanteil von jeweils  $\frac{1}{4}$  Prozentpunkte seit Anfang der achtziger Jahre. Dagegen verharrten die öffentlichen Dienstleistungen auf einem Anteil von 14% des BIP bzw. 23% der Beschäftigten. Im Einklang mit der Entwicklung einer post-industriellen Gesellschaft nahm gleichzeitig mit der Zunahme des Tertiärsektors (marktbestimmte und öffentliche Dienstleistungen) die Bedeutung des Primärsektors (Land- und Forstwirtschaft) im letzten Jahrzehnt weiter ab (Abbildung 1)

Wandel der Sektorstruktur in Österreich *Abbildung 1*  
Anteile an der nominellen Wertschöpfung in %



Struktur und Wandel der Wirtschaftssektoren

Übersicht 1

	Anteile an der Wertschöpfung <sup>1)</sup> nominell			Anteile an den unselbständig Beschäftigten		
	1988	1991	Ø 1980/1991 Jährliche Veränderung in %	1988	1991	Ø 1980/1991 Jährliche Veränderung in %
	In %			In %		
Primärsektor	3,3	2,9	-4,3	1,0	0,9	-3,2
Sekundärsektor	30,9	30,2	-0,8	30,1	28,7	-1,5
Tertiärsektor	65,8	66,9	+0,7	68,9	70,4	+0,8
Nicht marktbestimmte Dienstleistungen	14,1	13,9	+0,1	23,0	23,0	+1,0
Marktbestimmte Dienstleistungen	51,7	53,0	+0,8	45,9	47,4	+0,7

	Anteile an der Wertschöpfung <sup>1)</sup> nominell			Anteile an den unselbständig Beschäftigten		
	1988	1991	Ø 1980/1991 Jährliche Veränderung in %	1988 <sup>2)</sup>	1991	Ø 1983/1988 Jährliche Veränderung in % <sup>3)</sup>
	In %			In %		
<i>Die 9 marktbestimmten Dienstleistungssektoren der EFTA-Studie<sup>1)</sup></i>						
Banken	5,2	5,5	+1,6	2,8		+1,5
Versicherungen	1,7	1,6	+1,2	1,3		+1,6
Straßengüterverkehr	1,5	1,6	+1,9	1,4		+3,1
Luftverkehr	0,4	0,4	+6,5	0,2		+0,0
Telekommunikation	2,5	2,5	+1,2	2,3		+0,0
Bauwesen	7,0	7,6	-1,1	8,1		-0,5
Unternehmensberatung	0,1	0,1	+0,0	0,1		+0,0
Handel	13,5	13,4	-0,5	14,8		+0,4
Tourismus	2,5	2,6	+0,7	3,0		+0,7
Hotels	2,4	2,5	+0,8	2,8		+0,7
Reiseveranstalter	0,1	0,1	+0,0	0,2		+0,0

Q: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung. Primärsektor: Land- und Forstwirtschaft. Sekundärsektor: Sachgüterproduktion, Bergbau und Energieversorgung. — <sup>1)</sup> Die richtige Basis für die Berechnung der Anteile ist nicht das BIP, sondern die Wertschöpfung der Wirtschaftsbereiche minus privater Dienste ohne Erwerbscharakter und häuslicher Dienste. — <sup>2)</sup> Q: Nichtlandwirtschaftliche Bereichszählung 1983 und 1988

Auch für Österreich gelten die für die meisten Industriestaaten festgestellten allgemeinen Charakteristika:

- Die *Arbeitsproduktivität* nimmt im Dienstleistungssektor signifikant schwächer zu als im Sekundärsektor (Sachgüterproduktion, Bergbau und Energie).
- Die langsamere Produktivitätsentwicklung und der geringere Wettbewerbsdruck ließen die *Inflation* im Dienstleistungsbereich stärker steigen als in den ande-

anteil 1,2%, am Export kommerzieller Dienstleistungen 2,8%.

### Besonderheiten der untersuchten Dienstleistungssektoren

Die marktbestimmten Dienstleistungssektoren hatten 1991 insgesamt einen Anteil am BIP von 53,0%. Der Anteil der in der vorliegenden Studie untersuchten neun Sektoren machte zusammengenommen nur 35,3% aus. Handel (BIP-Anteil 13,4%), Bauwesen (7,6%) und Banken (5,5%) trugen als Einzelsektoren am meisten zum BIP bei (Übersicht 1).

Im internationalen Maßstab spielen *Größen- und Verbundvorteile* in den meisten Dienstleistungssektoren eine wichtige Rolle. In Österreich dürfte bisher lediglich der Sektor Telekommunikation davon profitiert haben. Den höchsten *Konzentrationsgrad* weisen die Sektoren Telekommunikation und Luftverkehr auf. Sie werden von staatlich beeinflussten Betrieben dominiert.

Die *Marktstruktur* der Dienstleistungssektoren läßt sich in Österreich wie folgt charakterisieren: Die Telekommunikation ist ein reguliertes Monopol. Oligopolistische Konkurrenz mit zwei oder mehr Konkurrenten herrscht in den Bereichen Luftverkehr und, in geringerem Ausmaß, Banken und Versicherungen vor. Infolge der starken Produktdifferenzierung sind die Sektoren Unternehmensberatung, Handel sowie Hotels und Reiseveranstalter als monopolistisch kompetitiv zu bezeichnen. Dem Idealbild der vollständigen Konkurrenz am nächsten kommen die Sektoren Straßengüterverkehr und Bauwesen.

Die *Wettbewerbsintensität* ist niedrig in den Sektoren Versicherungen, Luftverkehr, Telekommunikation und Unter-

### Allgemeine Charakteristika des Dienstleistungssektors

ren Sektoren (Primär- und Sekundärsektor). Die *Pro-Kopf-Löhne* wuchsen dagegen langsamer als im Sekundärsektor.

- Die Märkte für Dienstleistungen waren bisher *gegen Konkurrenz abgeschirmt*. Zwei Faktoren sind dafür verantwortlich: das Wesen der Dienstleistungen und die staatliche Regulierung. Zum einen bestehen Eintrittsbarrieren für den Marktzugang, zum anderen Regulierungen für das Verhalten etablierter Unternehmen.
- Die *Marktstruktur* des Dienstleistungssektors ist im allgemeinen durch eine geringe Wettbewerbsintensität gekennzeichnet.

Österreich hat komparative Nachteile im Nettoexport von Gütern und komparative Vorteile im Nettoexport von Dienstleistungen. Die Handelsbilanz ist traditionell passiv, die Leistungsbilanz im Durchschnitt ausgeglichen. Die relative Wettbewerbsposition Österreichs im Außenhandel mit Dienstleistungen spiegelt sich auch in der Stellung auf dem Weltmarkt. Am Güterexport beträgt der Markt-

nehmensberatung, mittel in den Sektoren Banken, Bauwesen sowie Hotels und Reiseveranstalter und hoch im Straßengüterverkehr

---

## Die Zukunft Österreichs im EWR und nach dem EU-Beitritt

---

Österreich nimmt am EWR, der am 1. Jänner 1994 in Kraft getreten ist, teil und wird am 1. Jänner 1995 Mitglied der EU sein. Bereits durch die EWR-Teilnahme übernahm Österreich mehr als zwei Drittel des EG-Rechtsbestands („acquis communautaire“) und mußte die entsprechenden Gesetze anpassen. Besonders im Bereich der Dienstleistungen ergeben sich keine nennenswerten Unterschiede zwischen EWR-Teilnahme und EU-Mitgliedschaft. Die

größten Schritte betreffen die Notwendigkeit zur Deregulierung und die Öffnung für die internationale Konkurrenz. Dies müßte den Handel mit Dienstleistungen intensivieren, die Faktormobilität verbessern und zur Verwirklichung des Rechtes der Niederlassung führen. Die Harmonisierung des Wettbewerbsrechtes und die Koordinierung der staatlichen Beihilfen sowie die einheitlichen Richtlinien für das öffentliche Beschaffungswesen könnten beträchtliche Wohlfahrtseffekte auslösen.

Nach der jüngsten Studie des WIFO über die Effekte des EU-Beitritts für die Gesamtwirtschaft und für die einzelnen Sektoren (Sonderheft der WIFO-Monatsberichte) dürfte das BIP bis zum Jahr 2000 real um rund 3% stärker steigen als im Falle des Verbleibs im EWR. Insbesondere die Liberalisierung im Dienstleistungsbereich setzt kräftige Wachstumsimpulse.